

Björn Hacker

Merkels Europapolitik in der Krise

Zur Nachhaltigkeit des Systems konditionierter Solidarität

Im dritten Krisenjahr sind die Unzulänglichkeiten und Fehleinschätzungen des von Berlin maßgeblich bestimmten europäischen Krisenmanagements offensichtlich. Kurzfristige machtpolitische Erfolge der Regierung Merkel können nicht über den hohen Preis des eingeschlagenen Kurses hinwegtäuschen. Kompromisslosigkeit und Verharren in überkommenen Wirtschaftsphilosophien könnten befeuern, was immer verhindert werden sollte.

Björn Hacker

(* 1980) ist Referent für europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik im Referat Internationale Politikanalyse der FES.

bjoern.hacker@fes.de



Das Krisenmanagement der Deutschen Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel lässt sich in drei rekursive Phasen einteilen: Ignorieren, zu spät reagieren, in die falsche Richtung marschieren.

In Phase eins spielten nach Bekanntgabe des hohen griechischen Staatsdefizits durch die neugewählte Regierung unter Ministerpräsident Giorgos Papandreou im Oktober 2009 die möglichen Risiken für die Eurozone im politischen Diskurs in Deutschland keine Rolle. Noch Anfang März 2010 sprach die Bundeskanzlerin mit ihrem griechischen Amtskollegen anlässlich eines Berlin-Besuchs lieber über die Vertiefung der Zusammenarbeit in der Umwelt- und Forschungspolitik sowie über Initiativen zur Stärkung des kulturellen Austauschs.

Als die Nervosität der Finanzmärkte zunahm und die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen Griechenlands in die Höhe kletterten, blieb es zunächst bei Solidaritätsbekundungen, die jedoch keinerlei beruhigende Wirkung entfachten. Die Deklaration als »griechisches Problem« unter-

schätzte die katalysierende Wirkung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die konstitutionellen Defizite der Mastrichter Währungsunion.

In Phase zwei sah sich auch Deutschland zu weitergehenden Reaktionen auf die einsetzende Staatsgläubigerpanik gezwungen. Jedoch wurden aus Rücksicht auf innenpolitische Interessen, wie etwa die Wahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010, maßgeblich durch deutsche Intervention das bilaterale Rettungspaket für Griechenland nur unter strengen Konsolidierungsaufgaben gewährt und ein Schutzmechanismus für andere Euro-Staaten verschleppt.

Ein Übergreifen der Krise auf Irland und Portugal konnte durch den viel zu spät akzeptierten Plan zur Einrichtung eines provisorischen Stabilitätsmechanismus (EFSM) nicht mehr verhindert werden. Zu kleinteilig waren die Bedingungen der »konditionierten Solidarität«, zu gering das Volumen der Kreditgarantien.

Erst im Dezember 2010 einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf einen dauerhaften Stabilitätsmechanismus (ESM) und damit faktisch auf die Aushebelung der sogenannten *No-Bailout*-Klausel in den Verträgen. Dem grenzüberschreitenden Beistand wurde von deutscher Seite nur widerwillig und unter dem Druck rapide ansteigender Risikoaufschläge auf Staatsanleihen von Irland und Portugal

stattgegeben. Und auch hier war die Panik an den Finanzmärkten den Lösungen der Staatenlenker wieder einen Schritt voraus. Beide Staaten mussten unter den europäischen Rettungsschirm schlüpfen.

Spätestens Ende 2010 hätte es einer unmissverständlichen Botschaft der Politik an die Märkte bedurft, eines deutlichen Bekenntnisses zur gemeinsamen Währung. Mit ihrem Vorschlag für eine gemeinschaftliche Garantie der Staatsschulden haben der Luxemburger Premierminister Jean-Claude Juncker und der italienische Finanzminister Giulio Tremonti ein solches Signal vorbereitet. Doch Eurobonds wurden und werden von der Bundesregierung strikt abgelehnt.

Zur Bedingung für ein weiteres Rettungspaket für Griechenland machte Deutschland im Juli 2011 eine Umschuldung mit Beteiligung des Privatsektors. So zustimmenswert dies aus Sicht marktlicher Risikoverantwortung oder moralischer Gerechtigkeitsnormen auch sein mag, mitten in der größten Krise der Eurozone wurde das ohnehin fragile Vertrauen der Finanzmarktakteure in die als Lippenbekenntnis so oft betonte transnationale Solidarität nachhaltig beschädigt.

Das Einschlagen einer falschen Richtung, Kennzeichen der Phase drei, zeigte sich in den Folgemonaten sogleich in steigenden Refinanzierungszinsen für die an sich solventen Länder Spanien und Italien sowie in einer Austrocknung des Interbankenmarktes. Hinzu kam eine durch die deutsche Regierung durchgesetzte, ständig verschärfte Austeritätspolitik in den Krisenländern, die deren Wachstum einbrechen ließ. Mit dem gehärteten Stabilitätspakt, einer strengen haushaltspolitischen Überwachung durch die Europäische Kommission und der Verständigung von 25 Mitgliedsstaaten der EU auf nationale Schuldenbremsen im Rahmen des sogenannten Fiskalpakts konnte Merkel ihre Vorstellung einer streng konditionierten Solidarität durchsetzen.

Ungeliebt, doch unangefochten

Flankiert vom Gros deutscher Ökonomen und Medien wurden von der Bundesregierung die Schuld an der Krise im Währungsraum einseitig den Krisenstaaten zugeschrieben, das eigene Exportmodell als nachahmenswert empfohlen und ordnungspolitische Prinzipien für sakrosankt erklärt. Während die Bundesregierung auf der Trennung von Geld- und Fiskalpolitik besteht, wird die Europäische Zentralbank genötigt, über Umwege die nötige Liquidität zur akuten Krisenbekämpfung bereitzustellen. Trotz aller Widersprüche und offensichtlichen Fehleinschätzungen im deutschen Krisenmanagement scheint die Strategie der Bundeskanzlerin bislang aufzugehen. Sie ist das ungekrönte Haupt im Kreis der europäischen Staatenlenker, da Deutschland wirtschaftlich boomt – zumal relativ zu den kriselnden Volkswirtschaften – und den Löwenanteil der Refinanzierungshilfen beisteuert. Dass die zögerliche, streng limitierte und einen hohen Gegenwert fordernde Politik der Unterstützung weniger ein Brüsseler als ein Berliner Werk ist, weiß auch die Bevölkerung in Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien. Merkel ist dort ungeliebt, aber unangefochten auf europäischer Bühne. Musste sie zu Beginn der Krise noch Wünschen des wichtigen Partners Nicolas Sarkozy nachgeben, kann sie sich spätestens seit der Herabstufung Frankreichs durch die Ratingagenturen seines Plazets für ihre Politik sicher sein. Die Europäische Kommission regt zum Ärger der Bundesregierung bisweilen Alternativen zum dominanten Krisenkurs an, etwa mit ihrem Grünbuch zu Gemeinschaftsanleihen. Doch wenn es zum Schwur kommt, gibt die Kommission Merkel Schützenhilfe, so geschehen bei der Ausgestaltung des Überwachungsverfahrens für makroökonomische Ungleichgewichte, das bar jeder ökonomischen Vernunft asymmetrisch die Defizitländer trifft und Deutschland schont. Außer Großbri-

tanniens Premier David Cameron hat jüngst niemand gewagt, laut gegen Merksels Europapolitik zu opponieren. Und die Bedenken der Briten gegen den Fiskalpakt speisen sich aus Gründen, die alle anderen europäischen Akteure noch geschlossener hinter Merkel versammeln.

Doch das Privileg, den europapolitischen Taktstock zu schwingen, ist nicht nur Kür, sondern ergibt sich auch aus der – gerade für Deutschland besonders ernst zu nehmenden – Pflicht eines über nationale Interessen und kurzfristige Erfolge hinausgehenden Blicks. Merkel bekommt ihren Willen nur zu einem auf mittlere Frist sehr hohen Preis:

- Politisch herbeigeführte Vertrauensverluste der Finanzmärkte durch Festhalten an krisenuntauglichen Wirtschaftsphilosophien sind kein Kollateralschaden, sie spitzen die Situation weiter zu.

- Die sozioökonomische Abkoppelung der kriselnden Peripheriestaaten vom Kern der Eurozone durch das Austeritätsmantra befeuert eine Spaltung der EU.

- Das Verbrennen deutscher Flaggen in Athen zeigt nur den eskalierenden Moment einer zunehmend frostigen Beziehung zwischen Europa und seinem ungeliebten deutschen Hegemon.

Das System der konditionierten Solidarität schaufelt sich langsam aber stetig sein eigenes Grab. Ökonomisch, da auch die günstigere Refinanzierung Spaniens und Italiens im Nachgang der im Dezember 2011 und Februar 2012 über den Umweg der Privatbanken ermöglichten Liquiditätsspritzen der EZB nichts an der sich vertiefenden Rezession durch die Überbetonung von Konsolidierungszwängen ändert. Politisch, da in den Geber- wie den Empfängerländern europäischer Kredite und Garantien das nicht absehbare Ende des Krisenstatus der Währungsunion zu wachsender Abneigung gegen das Europrojekt als Ganzes führt. Nicht ausgeschlossen, dass radikale Stimmen ungeachtet der Folgekosten ein »Ende mit Schrecken« fordern – sei es in Griechenland oder in Deutschland. Wenn die Merkel'sche Europapolitik aus der Ereignisfolge ihres Experimentallabors Krisenmanagement nichts lernt, könnte am Ende das stehen, was die Bundesregierung immer vermeiden wollte: Entweder eine Implosion der Eurozone bzw. gar der EU oder der unvermeidliche Schritt in die ungeliebte Transferunion. Vielleicht aber auch beides: ein neuer Versuch unter anderen Vorzeichen der innereuropäischen Solidarität nach dem Auseinanderdriften. ■

Johano Strasser

Zwischenruf: Die Entdemokratisierung Europas

Johano Strasser

(* 1939) ist Politologe, Publizist und Schriftsteller sowie seit 2002 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. 2011 erschienen bei Langen/Müller: *Die schönste Zeit des Lebens* und im vorwärtsbuch Verlag: *Transformation 3.0* (zus. mit Michael Müller).

johano.strasser@t-online.de



rer Mitgliedsländer in Sachen Demokratie und Menschenrechte konnte nie eine Rede sein. Zwar haben sich die Europäer immer gerne sehr grundsätzlich für Frieden und Freiheit ausgesprochen, aber gleichzeitig haben sie blutige Diktatoren mit Waffen beliefert und um wirtschaftlicher Vorteile willen so manches Mal über gravierende Menschenrechtsverletzungen hinweggesehen. Allzu oft haben sie demokratische Aufstandsbewegungen im Stich gelassen,

Zugegeben, von einer konsequenten Haltung der Europäischen Union und ih-